

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.40 M., zum die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Vierteljährlich wird beiderseits erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Kesselstraße 11. Fernruf Nr. 2013 und 2014. — Anzeigenstelle: Die 24 mm breite Rollenstraße 69-3, die 32 mm breite Rollenstraße 2-4; außerhalb: 763 bezw. 4-4, Kassel 2- bezw. 8-4, Koblenz 11. Tarif, Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 458

Donnerstag, 30. September 1920.

74. Jahrgang

### Ein historischer Vorgang.

Paris, 30. Sept. Gestern hat der deutsche Botschafter Dr. Rager dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Bei der Ueberreichung hielt Dr. Rager folgende Ansprache:

Herr Präsident! Nachdem die deutsche Regierung sich entschlossen hat, dem Beispiele der französischen Regierung folgend, die diplomatischen Beziehungen beider Länder in vollem Umfang wieder aufzunehmen, habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Präsident, mein Beglaubigungsschreiben als deutscher Botschafter in Paris zu überreichen. Auf den vom Versailles Vertrag geschaffenen Grundlagen werde ich, ganz wie es mir bisher in meiner Eigenschaft als Geschäftsträger am Herzen lag, fortfahren, in Uebereinstimmung mit den Absichten meiner Regierung alle meine Bestrebungen einer günstigen Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu widmen. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen; ich vertraue aber, daß dank Ihrem hohen Vertrauen und dank der einflussreichen Mitwirkung der französischen Republik die Bestrebungen meiner Regierung von Erfolge gekrönt sein werden. Ich habe die Ehre, Herr Präsident, mit dieser Hoffnung den Ausdruck meiner Hochachtung für den ersten Beamten der Republik zu verbinden.

Der französische Präsident erwiderte darauf: Herr Botschafter! Mit Vergnügen nehme ich aus Ihren Händen das Schreiben entgegen, das Sie in Ihrer Eigenschaft als deutscher Botschafter bei mir beglaubigt. Ich begrüße die Erklärung, die Sie in Ihrer Erklärung zu vernehmen, daß Sie sich bemühen werden, die Absichten Ihrer Regierung dadurch zu verwirklichen, daß Sie auf der Grundlage des Versailles Vertrages die nächste Entwicklung der Beziehungen fördern, die sich zwischen unseren beiden Ländern herstellen lassen werden. Die Politik der Regierung der Republik gegen Deutschland ist von dem gleichen Gedanken erfüllt: Lonale Ausföhrung des feierlichen Faktes, der dem Kriege ein Ende gesetzt hat, in des einzigen Mittel, die ersten Schwierigkeiten praktisch zu lösen, die zwischen den beiden Nationen bestehen und die ihnen noch nicht gelöst, uns freiem Herzen an dem großen Werte des Friedens mitzuarbeiten. Die Art, wie Sie sich Ihrer vorläufigen Geschäftsföhrung zu entschließen gewußt haben, verflöht mir die hohe Auffassung, die Sie von Ihrer Aufgabe haben. In aller Aufrichtigkeit wünsche ich Ihnen daher Erfolg zu Ihrer Mission.

Wie verschiedene Blätter berichten, hatte Dr. Rager nach der Vorstellung der beiden seitlichen Begleiter Gelegenheit zu einer kurzen Unterredung mit Millerand unter vier Augen.

Präsident Millerand hat Mittwochs nachmittags um 4 Uhr das diplomatische Korps im Beisein des Ministerpräsidenten Benquet empfangen. Der Tonen des diplomatischen Korps, Graf Bonin-Bongare, der Botschafter Italiens, begrüßte die Präsidenten.

### Polens Sieg in Riga.

Paris, 30. Sept.

Genau berichtet aus Warschau: Nach einer Anzahl an glaubwürdiger Stelle soll Polse aus Moskau Instruktionen erhalten haben, alle von Polen angebotenen Bedingungen, so hart sie auch seien, anzunehmen, jedoch die Bedingung abzulehnen, die Sowjetrußland verpflichte, die Entwaffnung der Roten Armee ganz oder teilweise durchzuführen.

### Neue polnische Verbrechen.

Deutschen, 30. Sept.

Die Betriebsräte und Vertrauensmännerversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Oberschlesien, protestierte in einer Entschöpfung gegen die polnische Auslandsbewegung und forderte die Einigung mit den polnischen Organisationsvertretern.

Deutschen, 30. Sept.

Auf der Max-Grube sind infolge der Verhaftung eines tschechischen Betriebsrats-Mitgliedes Unruhen ausgebrochen, die zur Verhüllung zweier deutscher gestimmter Arbeiter führten. Einer von ihnen ist nunmehr erhängt und mit eingeschlagenem Schädel aufgefunden; von dem anderen fehlt jede Spur.

### Die gefährdete Abstimmung.

Ein von der deutschnationalen Reichstagsfraktion eingebrachter Antrag verlangt die sofortige Vorlage einer Denkschrift der Reichsregierung über die Vorgänge in Oberschlesien mit Darlegung der polnischen Uebergriffe und Pläne auf widerrechtliche Befehuna Oberschlesiens sowie mit Darlegung der Maßnahmen, durch welche die deutsche Regierung die Deutschen vor den polnischen Uebergriffen zu schützen, die Abgrenzungen aus Oberschlesien gemäß dem Abkommen von Spa zu vergrößern und eine dem Friedensvertrag entsprechende ungeschändete Durchführung der Volksabstimmung in Oberschlesien zu sichern gedenkt, um der Gefahr vorzubeugen, daß die Provinz Oberschlesien durch die Polen ohne Abstimmung von Preußen und Deutschland abgetrennt werde.

### Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Die achttägige Sitzung der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel war im wesentlichen der Arde gewidmet, wie die Papiergeldflut, die alle Staaten, besonders die von der Revolution heimgesuchten, überflutet, eingedämmt werden könnte. Die ungeheure Masse von Papiergeld, die besonders in Deutschland im Umlauf ist, gibt einen Schreckenszustand und treibt die Preise dauernd in die Höhe. Der Präsident der Niederländischen Bank, Dufferin, behandelte in einem längeren Vortrag die Frage, wie der Papiergeldumlauf eingeschränkt werden könnte. Er wies dabei darauf hin, daß eine zu rasche Verminderung des Notenumlaufs nicht weniger schädlich wäre als die Vermehrung. Der englische Delegierte schlug vor, die überschüssigen Notenumläufe einfach einzuziehen. Für Deutschland ist die Frage, wie der Papiergeldvermehrung zu steuern wäre, von außerordentlicher, ja von lebenswichtiger Bedeutung, denn das Anschwellen der Papiergeldmenge ist gleichbedeutend mit der weitergehenden Senkung der Kaufkraft des Geldes, oder umgekehrt gesagt ist gleichbedeutend mit Preissteigerung. Was in den Besprechungen der Brüsseler Konferenz bis jetzt noch den vorliegenden Berichten zutage gekommen ist, scheint wenig praktischen Wert für die Verhältnisse in Deutschland zu haben. Ueber den Wert der Brüsseler Konferenz gehen überhaupt die Meinungen immer noch sehr auseinander. In England scheint man der Konferenz nicht viel Wert beizulegen, weil sie keine tatsächlichen Beschlüsse hat. Sie kann nur Ratschläge an den Völkerverbund erteilen, aber der Völkerverbund ist an diese Ratschläge nicht gebunden. Für Deutschland dürfte nur dann ein praktischer Ertrag herauskommen, wenn die Darlegungen der deutschen Delegierten die Beschlüsse der Entente beeinflussen, die bei der Festlegung der Wiedergutmachungssummen gefaßt werden.

### Guter Eindruck der Rede des deutschen Vertreters.

London, 30. Sept.

Die „Times“ melden aus Brüssel, daß die Rede Vergamond einen guten Eindruck auf die Konferenz gemacht habe und mit lautem Beifall aufgenommen worden sei. Man sei der Ansicht, daß der Weg für die Ausführenderörterungen frei sei.

### Ein Zwischenfall.

Brüssel, 30. Sept.

Ueber einen Zwischenfall wegen eines angeblich deutscherseits erlassenen Durchfuhrverbotes für belgische Sanitätszüge nach Polen durch deutsches Gebiet verbreitet die Agentur Havas folgende Darstellung:

Ein belgisch-deutscher Zwischenfall hat auf die internationale Konferenz in Brüssel einen unangenehmen Eindruck gemacht. Auf Veranlassung des belgischen Notens Kreuzes waren Sanitätszüge nach Polen abgeduldet worden und sollten heute Abend abfahren. Die deutsche Regierung verständigte jedoch heute Vormittag die belgische Regierung, daß sie sich der Durchfuhr dieser Sanitätszüge durch ihr Gebiet widersetze. Diese Entscheidung hat hier einen starken Eindruck gemacht. Die Delegierten erklären, daß die Züge heute Abend wie vereinbart von Brüssel abfahren würden; die deutschen Delegierten behaupten — so sagt Havas —, nichts zu wissen und sagen nichts. Der polnische Delegierte Grabski drückte sein Erstaunen darüber aus, daß Deutschland sich bemähe, in Brüssel Besprechungen anzuknüpfen, die durch die Taten seiner Regierung unmöglich gemacht würden. Der Präsident der Konferenz und Präsident des Notens Kreuzes hat nach Havas ein Protesttelegramm nach Berlin geschickt. Eine weitere Havasmeldung besagt jedoch, daß am Abend ein Sanitätszug für Polen abgefahren ist und daß dabei eine Kundgebung einer großen Volksmenge stattgefunden habe, bei der der polnische Gesandte im Namen der polnischen Regierung und des polnischen Volkes die Organisatoren der Mission begrüßte. Havas meldet schließlich noch zu dieser Angelegenheit, die deutsche Regierung habe — wahrscheinlich infolge der unternommenen Schritte und Ersuchen — mitgeteilt, daß sie Befehl gegeben habe, den Zug ungehindert passieren zu lassen.

### Die Königsfrage in Ungarn.

Budapest, 30. Sept. (Ungar. Korrbüro.)

Die in der ausländischen Presse verbreitete Meldung, monach der Abg. der Nationalversammlung, Edmund Bemczki im Auftrage der ungarischen Regierung in der Schweiz zwecks Rückkehr König Karls von Ungarn Unterredungen pflege, ist völlig unwar. Die ungarische Regierung hat weder Bemczki noch irgend einer anderen Persönlichkeit eine derartige Ermächtigung erteilt. Die Wiederherstellung des Königtums ist im Prinzip zwar beschlossen, die Frage der Person des Königs aber noch gänzlich ungelöst.

### Rumänien giebt die Petroleumausfuhr frei.

Bukarest, 30. Sept.

Die Regierung beschloß, die Petroleum-Ausfuhr auch ohne Kompensationen freizugeben.

### Die englische Bergarbeiterbewegung.

Keine Einigung.

London, 30. Sept.

Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter ist beendet, ohne daß eine Uebereinkunft erzielt worden ist.

### Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 30. September.

#### Handwerkertag in Wiesbaden.

Der Gewerbeverein für Nassau als große nationale Handwerkerorganisation veranstaltete am Dienstag Abend gemeinsam mit dem Innungsausschuß im Saale des Gesellenhauses zu Wiesbaden einen Handwerkerertag des ihm angegliederten Stadtverbandes für Handwerk und Gewerbe. Die imposante, von etwa fünfhundert Handwerkern besuchte Massenversammlung, der Vertreter des Magistrats, der Handwerkskammer, der Genossenschaftsverbände, der politischen Parteien und der Presse beiwohnten, verlief sehr eindrucksvoll.

Die durchaus zeitgemäßen Referate über den Reichsverband des deutschen Handwerks und die Tagung zu Jena sowie über Sozialisierung und Kommunalisierung und über die Handwerkerorganisation in Nassau mit der Teilnahme von Schloßmeister Triton, Syndikus Kundt und Dr. Bickel erlittet wurden, fanden warmen Beifall von seiten der Zuhörer und zeitigten nach folgende, einstimmig angenommene

#### Entschölungen:

Der Handwerkerertag zu Wiesbaden vom 28. September nimmt Kenntnis von den von der Reichsregierung geplanten Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen und erhebt schärfsten Protest gegen die daraus sprechende Absicht, der Selbstständigkeit in der Ausübung eines Handwerks oder Gewerbes den Todesstoß zu versetzen.

Der Handwerkerertag erblickt in den Plänen des Reichsausschusses über Kommunalisierung eine krasse Verletzung des § 104 der Reichsverfassung. Er ist tief beunruhigt über die im Sozialisierungsbescheide vom 23. März v. J. ausgesprochene Absicht, die Selbstverwaltungskörper als Grundlage für die Durchfuhrung der Sozialisierung zu gebrauchen.

Der Handwerkerertag bekräftigt daher mit besonderer Genugtuung die klare Verankerung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, die dahin sind, daß sich dieser Selbstverwaltungskörper niemals zu Sozialisierungsmaßnahmen hergeben würde, die auf eine Vernichtung der Selbstständigkeit der Gewerbetreibenden hinzielen sollten.

Der Wiesbadener Handwerkerertag ist sich dessen bewußt, daß auch Handwerk und Gewerbe als wichtige Wirtschaftsfaktoren der Allgemeinheit verpflichtet sind. Die Handwerker erheben daher eine Forderung ihrer Eigenbetriebe und erwarten von der Regierung, daß diese ihnen die Ertragsansprüche der Wirtschaftsförderung auf schnellstem Wege dienlich macht, sei es zum Beispiel auf dem Wege der Normuna, sei es durch Förderung rationeller Betriebsmethoden und beschleunigte Heilung des Verbindungszweckes.

Der Handwerkerertag stellt die Forderung, daß die verantwortlichen Stellen bei der Regierung dahin wirken, daß als sofort zu verfügende Einschränkung ein Verbot selbständiger Kommunalisierung erlassen wird.

Der Wiesbadener Handwerkerertag fordert endlich, daß die handwerklichen politischen Parteien, insbesondere die Abgeordneten, im Bewußtsein dessen, was 1 1/2 Millionen selbständiger Handwerksbetriebe im Reiche bedeuten, mit aller Energie jedem Angriff gegen das Handwerk entgegenzutreten.

Der Wiesbadener Handwerkerertag fordert einstimmig den Zusammenschluß des gesamten Handwerks in Wiesbaden in einen Stadtverband, der sich mit den bereits bestehenden Kreisverbänden in dem Verband nationaler Handwerkervereine einreihen. Annungen, Gewerbevereine und gewerblichen Genossenschaften (Gewerbeverein für Nassau) vereinigen.

Dieser Verband soll sich mit den in der Provinz Hessen-Nassau bestehenden übrigen gleichartigen Verbänden des Reichsverbandes beitreten und der Stadt Frankfurt a. M. zu einem Hessen-Nassauischen Handwerkerbund zusammenschließen, der seine Spitzenvertretung mit den übrigen im Reiche bestehenden Handwerkerverbänden im Reichsverband des deutschen Handwerks findet.

Die Hausfrau und ihr Arbeitsfeld. Diese Ausstellungen in der Villa Paulinenstr. 1 (N. Ebersche Hauswirtschaftsschule) ist seit gestern nachmittags eröffnet: sie bedeutet eine lehrreiche und reizvolle Anschauung für Hausfrauen wie besonders für die Töchter, die Hausfrauen werden wollen. Schon am ersten Nachmittags war die Hausfrau und ihr Arbeitsfeld das Ziel vieler Besucherinnen, die nicht zurückhielten mit ihrer hohen Anerkennung für alles Gedachte. Ein Aufsatz in der Freitag-Morgennummer der „Sta.“ wird noch eingehend die Hausfrau und ihr Arbeitsfeld besprechen.

Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden. In der achttägigen außerordentlichen Vollversammlung wurde an Stelle des mit 1. Okt. ausscheidenden Generalsekretärs Landesökonomierat Müller der bisherige Stellvertreter Dr. Horn auf 12 Jahre zum Generalsekretär gewählt. Ferner wurde für den bisherigen Stellvertretenden Kammervorsitzenden Landrat a. D. von Heimbürg, der nach auswärts übersiedelt, Landwirt A. Leber-Stierbad und zum zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden Landwirt Heinrich Rerten-Grabenheim gewählt.

Die Tribüne! Frau Britta Bros vom Frankfurter Schauspielhaus, die Gattin Paul Kornfelds, die in der heute Donnerstag stattfindenden Vorlesung „Die Verführung“ die mögliche Rolle leiten wird, bitte und schließen zu wollen, daß sie am Donnerstag zum ersten Male hier in Wiesbaden auftreten wird und daß sie nicht dem Gastspiel Frau-

